

Grußwort: Reinhard Grätz

Meine Damen und Herren, auch ich möchte, sehr verehrter Herr Vizepräsident, meinen Glückwunsch zu Ihrer Wahl voranstellen, nicht von Amtes wegen, mehr persönlich. Ich kann Ihnen als Teilnehmer an Hunderten von Wahlgängen – offiziell-formalen, aber auch vielen Kampfabstimmungen – versichern: die knappsten Ergebnisse sind oft die besten! Das ist eine gute Voraussetzung.

Meine Damen und Herren, ich will zum Zweiten dem Initiativkreis danken, dass er erneut eine Veranstaltung auf die Beine gestellt hat. Er hat ja vor einigen Jahren schon einmal zu einem völlig anderen Thema, nämlich dem Auslandsrundfunk, den Chancen eines gesellschaftlich verantworteten Rundfunks in Entwicklungsländern, eine Tagung durchgeführt, die durchaus erfolgreich war, damals in Köln, bei der Deutschen Welle.

Heute steht ein ganz anderes Thema an. Dazu sind hier zahlreiche Gremienmitglieder aus den Anstalten erschienen, zumindest aus unserer weiteren Region. Dagegen habe ich den Eindruck, dass eine weitere Zielgruppe, nämlich die Leitungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die ja sehr oft das Mediengeschäft an diejenigen delegieren, der in die Räte entsandt werden, dass die noch stärker vertreten sein sollten. Zu den Adressaten Ihrer Veranstaltung gab in Ihrem Initiativkreis ja eine lange Diskussion, dass es notwendig sei, dass sich nicht nur die Spezialisten stärker für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk engagieren müssen, sondern auch die Organisationen, insbesondere diejenigen, die Benennungsrechte haben. Bei denen gibt es deutlich Mängel – am wenigsten, Herr Schneider, bei den Kirchen, aber bei anderen Organisationen schon, das muss man offen ansprechen.

Es geht also um die benennenden Organisationen, doch gestatten Sie mir, dass ich doch einige Worte auch zu den Gremien der Rundfunkanstalten sage: Ich habe selbst in verschiedenen Beiträgen im letzten Jahrzehnt begründet, warum die Gremienstruktur, insbesondere der ARD-Anstalten, im Grundsatz richtig ist. Zu Recht wird auch im Initiativkreis betont, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk als solcher über Deutschland hinaus eine Art Vorbildcharakter hat für andere Länder, für die ganze EU, in der ja gesellschaftlich verantworteter öffentlich-rechtlicher Rundfunk noch nicht der Regelfall ist, auch für Osteuropa und für die Dritte Welt. In allen EU-Staaten wäre dies von den Bedingungen her eigentlich leicht zu schaffen, denn da gibt es die benötigten Strukturen. Anders ist es in Osteuropa und in den Entwicklungsländern. Hier bestehen noch nicht die Organisationsstrukturen, die verantwortlich und glaubhaft die Entsendungsrechte für Rundfunkräte wahrnehmen könnten. Dies hat unter Umständen die Gefahr zur Folge – ich empfinde das besonders deutlich für Osteuropa – dass sich neben Staatsrundfunkstrukturen kommerzielle Systeme bleibend verfestigen und kaum noch einen Raum für öffentlich verantworteten Rundfunk lassen.

Ursprünglich hatten ja, ich denke vor unserer Zeit, die Gremien mehr Aufsichtsratscharakter. Das hat sich bei der Differenziertheit der Aufgaben geändert. Gremien sind, Herr Pleitgen, anstrengend, nicht nur für Ihre Mitglieder, sondern auch für die Häuser, deren Mitarbeiter hin und wieder daran zu erinnern sind, dass ihnen Mikrophone und Kameras nicht gehören. Sie gehören aber auch nicht den Gremien. Diese sind aber die Treuhänder der Eigentümer.

Vor einigen Jahren habe ich einmal versucht, die verfassungsrechtliche Fundierung der Aufsichtsgremien als eindeutiges strukturelles Element des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einigen Schlaglichtern darzustellen. Hier ging es insbesondere um das Pluralitätsgebot und die Frage, wie der vom Bundesverfassungsgericht geforderte effektive Einfluss der Gremien realisiert werden kann. Dabei habe ich den Fortschritt durch das ausgeprägte Bänke-System im WDR-Rundfunkrat positiv beschrieben. Und ich glaube, die meisten Kolleginnen und Kollegen in unseren Gremien können dem zustimmen.

Gleichzeitig bleibt aber wichtig, dass Rundfunkräte als Sachwalter des Allgemeininteresses nicht die Zielsetzungen und Auffassungen der Gruppen, die sie entsandt haben, besonders fördern sollen. Sie sollen natürlich ihren besonderen Sachverstand einbringen, den sie aus den Gruppen haben. Der WDR-Rundfunkrat hat all diese Fragestellungen bekanntlich im Laufe der letzten Jahre in mehreren Selbstverständnisdebatten auszuloten versucht.

Auf den Münchener Medientagen im vergangenen Oktober habe ich versucht, die tatsächlichen Wirkungsweisen der Räte zu beschreiben. Ich habe dabei eine bemerkenswerte Vorschrift des WDR-Gesetzes problematisiert: Im § 4 des WDR-Gesetzes, der sich mit dem Programmauftrag beschäftigt, steht die eigenartige und meines Erachtens bisher nicht ausreichend ausgeleuchtete Bestimmung, dass die im Sendegebiet bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen die eigenverantwortliche Erfüllung seiner, des WDR's, Aufgaben gewährleisten. Das betrifft meines Erachtens das zentrale Thema der heutigen Veranstaltung: Mit den „Kräften und Gruppen“ können nicht die von diesen in die Rundfunkräte entsandten Einzelpersonen gemeint sein, die ja nicht ihre Gruppe, sondern die Allgemeinheit vertreten – vertreten sollen. Das gelingt manchmal nicht ganz. Auf der anderen Seite kann der Gesetzgeber die im Land vorhandenen freien gesellschaftlichen Gruppen nicht für eine Rundfunkanstalt in Dienst nehmen. Hier ist also, glaube ich, am Text des WDR-Gesetzes herauszuarbeiten, wie der Auftrag der Gremien denn gemeint ist.

Ein eher enttäuschendes Arbeitspapier des Hans-Bredow-Instituts, das ich sonst hoch schätze, zu den Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, das Anfang November letzten Jahres in den epd-Medien erschienen ist, enthält nützliches statistisches Material dazu, auch die Darstellungen von möglichen Problemlagen bei der Zusammensetzung und Arbeitsweise von Gremien sind nützlich. Allerdings merkt man schnell, dass die Autoren offenbar selbst kaum Gremienerfahrung haben. Ich glaube, nur aus der Zusammenführung von Außen- und Innensicht kann weitere Einsicht entstehen, und dazu kann dieses gemischte Publikum heute beitragen. Insbesondere ist die parteiliche Schiefelage in der so genannten Expertengruppe des Bredow-Instituts anzumerken. Diese Gruppe hat ja Empfehlungen zur Zusammensetzung der Rundfunkgremien vorgelegt, die als noch nicht abgeschlossen bezeichnet werden, die aber immerhin durch die Drucklegung einen doch offiziellen Charakter bekommen haben. Wenn der bedenkt, dass der Expertengruppe nur ein einziger Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und kein einziger Gremienvertreter angehörte, dann muss man hinter solche Ergebnisse ein Fragezeichen setzen. Vielleicht kann man Herrn Kammann, der das Papier ja in den epd-Medien veröffentlicht hat, heute Nachmittag dazu befragen.

Zum Schluss: der öffentlich-rechtliche Rundfunk, meine Damen und Herren, ist zur Zeit, der Intendant wird es bestätigen, ganz gut aufgestellt. Trotzdem hat er, wie ich eingangs angemerkt habe, in unserer Gesellschaft noch nicht genug entschiedene Verteidiger. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat natürlich strategische Vorteile, deren er sich bewusst sein sollte – nicht nur, weil es angesichts der kommerziellen Medienschwemme, und ich meine damit nicht nur den kommerziellen Rundfunk, in der Gesellschaft, in der Politik, aber auch in anderen Teilen der Gesellschaft, viele schlechte Gewissen gibt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich vor allem, und das ist ein Vorteil, nicht primär der Quote unterwerfen, was gelegentlich zwischen den Organen eine Anstalt in Nuancierung streitig ist. Aber das ist ja manchmal das Salz in der Suppe. Es ist deshalb zunächst kein besonderes Verdienst, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gute Qualität zu senden, wenn man feste, allerdings immer knapper werdende Einnahmen hat. Was man darauf setzen kann, das ist ein wirkliches Verdienst. – In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung einen sehr konstruktiven Verlauf!